

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 40

Von 30.September bis

06.Oktober 2024

„Bürgerfern“: Große Hürden für Petitionen

Auch künftig werden Initiativen ab 150 Unterschriften nicht in den Petitionsausschuss des Landtags eingeladen. Das sorgt für Ärger.

Von Peter Nindler

Innsbruck – „Die schwarz-rote Landesregierung fürchtet offenbar zunehmenden Gegenwind durch erfolgreiche Petitionen von BürgerInnen“, übt der Klubobmann der Grünen Gebi Mair scharfe Kritik. „So wird die Petition gegen die Deponie am Katzenberg in Reutte von beinahe 3000 Personen im Außerfern unterstützt. Trotzdem wurden die Proponenten von der schwarz-roten Koalition nicht einmal in den Petitionsausschuss des Land-



Foto: Böhm

„Die Landesregierung fürchtet offenbar zunehmenden Gegenwind durch erfolgreiche Petitionen.“

Gebi Mair/Grüne
(Klubchef)

tags eingeladen, um ihr Anliegen anzuhören.“

Eigentlich hatten sich Regierung und Opposition darauf verständigt, dass Initiativen ab 150 Unterstützungserklärungen eingeladen werden, um ihre Anliegen vorzutragen. Doch der Verfassungsdienst des Landes machte darauf aufmerksam, dass es sich um „kontrollierbare Unterschriften“ handeln müsse. Das wäre wiederum zu kompliziert geworden.

Sint: Alle anhören

Deshalb schlägt der Klubchef der Liste Fritz Markus Sint vor, „dass jeder angehört werden soll. So viele gibt es ja nicht.“ Natürlich müsse das

zeitlich beschränkt werden. Danach sei dann zu entscheiden, wie es weitergehe.

Derzeit werden Antragsteller entweder eingeladen, ihre Wünsche an ein zuständiges Regierungsmitglied bzw. die Landesvolksanwaltschaft weitergeleitet oder abgelehnt. Geändert wird allerdings, dass sich Volksanwaltschaft/Landesregierung binnen drei Monaten nach Beschlussfassung im Ausschuss an die Betroffenen wenden müssen.

Mair: Chance vertan

Für Gebi Mair eine vertane Chance für eine bürgerfreundliche Neuregelung. „Von der ÖVP heißt es, die Politik soll entscheiden, mit wem sie redet. Das ist wirklich massiv abgehoben und alles andere als bürgernah.“ Mair erinnert an Bürgeranliegen mit breiter Unterstützung wie gegen die Deponie Katzenberg in Reutte, für den Pumptrack in Baumkirchen oder auch Volksbefragungen gegen das Fernpass-Paket in Nassereith und gegen die Wasserableitung ins Kraftwerk Kaunertal aus dem Ötztal. „ÖVP und SPÖ zeigen, dass sie zunehmend abgehoben agieren, Sorgen und Wünsche von Bürgern nicht mehr ernst nehmen.“

Lob gibt es von Mair für scheidende ÖVP-Politiker wie Nationalrat Hermann Gahr. „Als Mitglied des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen im Parlament hat er ein anderes Verständnis vom Anliegen der Bürgerinnen und Bürger als die rot-schwarze Koalition von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) und Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer (SPÖ).“

Schlussendlich erfahren die Initiatoren von Petitionen nicht einmal, wer im Ausschuss für oder gegen ihr Anliegen gestimmt hat.



Nicht einmal die Bürger, die sich gegen eine Bodenaushubdeponie am Katzenberg in Reutte wehren, wurden in den Ausschuss eingeladen. Foto: Mittermayr

Bekanntnis zu Bäder-Lösung

Liste Fritz fordert Planungssicherheit ein. Regierung pocht auf Einheimischen-Tarife.

Innsbruck – Erst viele Wochen, nachdem LH Anton Mattle und Vize Georg Dornauer ihr 75 Millionen (bis 2030) Euro schweres Rettungspaket für die angeschlagene Tiroler Bäderlandschaft angekündigt haben, soll sich heute der „Tiroler Bäder-Beirat“ gründen. Diesem soll es, wie berichtet, obliegen, die Millionen je nach Förderungswürdigkeit einzelner Neubau- und Sanierungsprojekte zu verteilen. Mit dabei sind Vertreter von Sozialpart-

nern, Tourismus, Gemeinden und Stadt Innsbruck. Wann der Beirat jedoch seine tatsächliche operative Tätigkeit aufnehmen wird, ist freilich weiterhin offen.

„Leider hat die schwarzrote Landesregierung ihren großen Ankündigungen noch keine Taten folgen lassen“, ärgert sich deshalb Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint. In einem Dringlichkeitsantrag, der in der heutigen Sitzung des Landtages eingebracht wird, fordert die Liste

” *Die Landesregierung hat ihren großen Ankündigungen noch keine Taten folgen lassen.“*

Markus Sint
(Liste-Fritz-Klubobmann)

Fritz deshalb Mattle und Co. auf, dringend noch offene Fragen zu klären. Denn die Gemeinden – oftmals eben Badbetreiber – bräuchten dringend Planungs- und Finanzierungssicherheit für

ihre Betriebe, so Sint. Wie berichtet, hat beispielsweise der Verband der Tourismusverbände eine angedachte Cofinanzierung bereits mehrmals abgelehnt.

Indes will die VP-SP-Koalition heute in Sachen Sicherung der Einheimischen-Tarife nachlegen. Und ihrerseits einen Dringlichkeitsantrag vorlegen. Mehr als ein Appell an die (neue) Bundesregierung ist derzeit aber nicht möglich. Schließlich hakt es am EU-Recht. (*mami*)

Schaukampf um Tourismus

Die Novelle des Tourismusgesetzes nützte die Opposition im Landtag, um harsche Kritik an Wirtschafts-LR Gerber anzubringen. Am Ende wurde das Gesetz mehrheitlich beschlossen.

Tourismusabgabe und Einheimischentarife waren die großen Themenblöcke gestern im Tiroler Landtag. Während Erste gegen FPÖ, Grüne und Neos beschlossen wurde, kommen die Rabatte heute erneut aufs Tapet. Mittels Dringlichkeitsantrag will die Regierungskoalition die Bundesregierung in die Gänge bringen. Man werde um die Einheimischentarife kämpfen, betonte die Regierungskoalition.

Beim Tourismusgesetz gingen die Wogen hoch. Neos-Klubobmann Dominik Oberhofer nahm Wirtschafts-LR Mario Gerber

„
Das neue Tourismusgesetz ist wahrlich kein großes Bravourstück. Es fehlen die großen und notwendigen Änderungen bei der Tourismusabgabe

Liste-Fritz-Klubobmann
Markus Sint



Foto: Christof Birbaumer

ins Visier, nicht nur wegen dessen angeblich zum Scheitern verurteilten Gesetzesentwurfs, sondern auch wegen Unvereinbarkeit seines Amtes mit seiner berufli-

Wenn Dominik Oberhofer nun irgendwelche anderen Erkenntnisse hat, dann möge er diese vorlegen, anstatt ständig den Rücktritt zu fordern.

ÖVP-Klubchef Jakob
Wolf (ÖVP)



Foto: Christof Birbaumer

chen Herkunft. Erneut erhob er Rücktrittsforderungen, die VP-Klubchef Wolf parierte: Für ihn sei das „blanker Populismus, um von der eigenen Inhaltslo-

sigkeit abzulenken“, sagte Wolf. LR Gerber habe seine Geschäftsführertätigkeiten notariell beglaubigt ruhend gestellt, was der Immunitätsausschuss des Landtages zur Kenntnis genommen habe. Inhaltlich ortete LA Markus Sint „Licht und Schatten“ bei der Reform, weshalb die Liste Fritz als einzige Oppositionspartei zustimmte. „Es sind auch Erleichterungen für einige Beitragszahler dabei. Mit durchschnittlich 270 Euro zwar keine Riesenentlastung, aber immerhin“, sagte Sint. VP-LA Christoph Apler meinte, dies sei nicht die letzte Reform. Philipp Neuner

Schlagabtausch um Budget

Innsbruck – Dass das Land 2025 auf die Schuldenbremse treten muss, ist allen Parteien klar. In der gestrigen Sitzung des Landtags machten FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS jedoch die schwarz-rote Landesregierung dafür verantwortlich.

Ziel in den Verhandlungen ist es, die Neuverschuldung (deutlich) unter 178 Millionen Euro zu drücken. Landeshauptmann Anton Mattle (VP) ließ sich nicht den Schuldenrucksack umhängen und sprach von einer „umsichtigen Finanzpolitik“. Tirol schneide in wesentlichen Kennzahlen besser ab als andere Bundesländer und weise auch ein geringes Wirtschafts-



Mattle verteidigte die Budgetpolitik des Landes. Foto: Böhm

wachstum auf. SP-Landtagsvizepräsidentin Elisabeth Blanik spricht sich für Deregulierungen und Bürokratieabbau und gegen finanzielles Kirchturmdenken in den Gemeinden aus.

Harsche Kritik hagelte es von den Freiheitlichen, für LA Daniel Marschik man-

gelt es in der Budgetpolitik daran, dass „wir keine zukunftsfitte Landesregierung haben“. Einmal mehr prangerte er die „Koste es, was es wolle“-Corona-Politik an. Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint forderte bewusste Schwerpunktsetzungen und kritisierte die Budget-Geheimhaltungspolitik.

Für den grünen Landesprecher Gebi Mair wird zu viel hinausgeschoben, „und das macht es nicht besser“. Die neue NEOS-Abgeordnete Susanna Riedlsperger hat eine eindeutige Botschaft: „Es braucht dringend ein verantwortungsvolles Budget, bei dem das Sparen an oberster Stelle stehen muss.“ (pn)

Hagele setzt auf Notarzt-Dienst

Nach Aus für Nacht-Bereitschaft: Opposition sieht ärztliche Versorgung in Tirol in Gefahr.

Innsbruck – An Wochenenden und Feiertagen gibt es in Tirol (außerhalb von Innsbruck) keinen ärztlichen 24-Stunden-Dienst mehr. Somit stehen die Ärzte nur noch von 9 bis 21 Uhr zur Verfügung. Das hat die Ärztekammer am Mittwoch bekannt gegeben. Als Grund hierfür wird ein Honorarstreit mit der Gesundheitskasse ins Treffen geführt. Die Gesundheitskasse sieht sich aber zu Unrecht an den Pranger gestellt, die TT berichtete. Vorerst sollen die Nachtzeiten durch die Gesundheits hotline 1450 abgedeckt werden.

Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) erwartet sich nunmehr von Gesund-

heitsminister Johannes Rauch (Grüne) ein „Machtwort“: „Es braucht eine rasche Lösung im Sinne der Allgemeinheit, denn die PatientInnen dürfen nicht die Leidtragenden sein.“ Grundsätzlich bräuchten sich die TirolerInnen aber nicht fürchten. Der Notarzdienst funktioniert: „Im Falle eines medizinischen Notfalls ist die Versorgung definitiv sichergestellt.“

Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider sieht jedoch auch Hagele in der Pflicht: „Wenn sich ÖGK und Ärztekammer nicht einigen, kann sie sich nicht auf den Standpunkt zurückziehen, dass das Land nicht zuständig ist.“ (TT)



Wie steht es um die ärztliche Versorgung? Diese Frage stellen sich viele, weil es an Wochenenden keine 24-Stunden-Bereitschaft mehr gibt. Symbolfoto: Böhm

Emotionen im Landtag – sogar Mattle wurde laut

Am Vortag rastete Wirtschafts-LR Mario Gerber aus, gestern der Landeschef. Grund: die Rekordschulden bei den Landesfinanzen.

Zweieinhalb Monate noch – dann sollen im Tiroler Landtag und im Innsbrucker Gemeinderat die Budgets für 2025 beschlossen werden.

Dazu passend wählten die Neos das Thema der Aktuellen Stunde: „Die fetten Jahre sind vorbei“. Die junge Neos-Abgeordnete Susanna Riedlsperger, die für Klubchef Dominik Oberhofer im Landtag nachrückt, sorgt sich – wohl stellvertretend für viele Junge – um die Zukunft: „Der Schuldenrucksack des Landes wiegt schwerer und schwerer“, verwies sie auf 1100 Millionen Euro Schuldenstand. „Es kann nicht sein, dass die schwarz-rote Landesregierung mit ihren Prestigeprojekten und Klientelpolitik à



Foto: Christof Birbaumer

Für Finanzen zuständig: LH Mattle. Neos-LA Riedlsperger (re.) rückte nach.



Foto: zVg

la Wirtschaftsförderungen das Budget für die Zukunft belastet und gleichzeitig seit Jahren keinerlei Einsparungen macht, irgendwo Einsparungen zu forcieren.“

FP-LA Daniel Marschik zählte auf: Ferdinandeum-Umbau 60 Mio. €, Landesarchiv 27 Mio. €, MCI 250 Mio. €, Fernpass-Paket 500 Mio., 350 Mio. für Corona-Tests und 72 Mio. Flüchtlingskosten. „Wegen dieser Art von Politik laufen euch die Wähler davon“, ätzte Marschik. Markus Sint verwies noch auf die 260 Mio. € für Seilbahnen während der Pandemie und 500.000 Euro für die Landeszeitung, von Sint kurzerhand zu „Mattle-Blattle“ umgetauft.

Der Schuldenstand sei auf zwei Impulspakete zurückzuführen, bei denen auch die Fraktionen im Landtag mitgestimmt haben, betonte LH Anton Mattle. „Die Schulden sind immer in Relation zu den Einnahmen zu sehen. Die Rating-Agenturen geben eine Schuldendienstquote von 30% vor. Wir sind strenger, wir liegen bei 25%“, betonte Mattle emotional.

Philipp Neuner



Neue Chefs, sanierte Büros: Mit Schwarz-Rot (im Bild: LH Anton Mattle und Vize Georg Dornauer) kam es im Landhaus zu Büroumbauten. Foto: Falk

Viertelmillion für Umbau der Regierungsbüros

Der Wechsel von Schwarz-Grün zu Schwarz-Rot ging ins Geld – zumindest in den Landhausbüros. 250.000 € verschlangen Sanierungs-, Maler- und Ausstattungskosten.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Im Herbst 2022 einigten sich ÖVP und SPÖ nach der Landtagswahl in Tirol auf eine Koalition, Landeshauptmann Anton Mattle (VP) und Vize Georg Dornauer (SP) übernahmen das Ruder. Schwarz-Grün war Geschichte. Das löste auch einen Wechsel in den Regierungsbüros im Landhaus aus. Alte Mitglieder gingen, neue kamen, verbleibende zogen um. Umbauarbeiten inklusive. Wie berichtet, gab die Landesregierung unter dem Titel „Büro Adaptierungen der Tiroler Landesregierung, Landtagsdirektion und der Landtagsklubs“ 290.000 Euro brutto frei. Auf TT-Nachfrage

liegt nun die Schlussrechnung zu all den Umbauarbeiten vor. Das Positive vorweg: Mattle und Co. schöpften nicht den vollen Finanzrahmen aus, heißt es von Seiten der Öffentlichkeitsabteilung. Am Ende stehen 260.000 Euro zu Buche. 250.000 Euro für die Regierungsbüros, 10.000 Euro für Büros der Liste Fritz.

Mit 155.000 Euro entfiel der Großteil der Kosten auf das Büro von LH Anton Mattle. Gefolgt von Landesrat Mario Gerber (29.000 €), LR René Zumtobel (21.000 €), LR Cornelia Hagele (18.000 €), LHStv. Georg Dornauer (17.000 €), LR Astrid Mair (7000 €) und LR Eva Pawlata (3000 €). Das Büro von LHStv. Josef Geisler wird mit null gelistet. Und für jenes von Zumtobel wird darauf verwiesen, dass ein Gutteil der Summe auf einen allgemein zugänglichen Besprechungsraum entfalle.

Ausgegeben worden seien all die Gelder für Sanierungs-, Maler-, Restaurierungs-, Ausstattungs- und Planungsarbeiten. Dabei seien „exakt jene Räumlichkeiten übernommen worden, die bereits von der Vorgängerregierung genutzt wurden“. Erweiterungen oder Vergrößerungen von Büroräumlichkeiten hätten „nicht stattgefunden“. Die Büroausstattung sei zudem „nach Vorgaben des Landesstandards“ erfolgt. Und somit „größtenteils deckungsgleich mit der Ausstattung, die die Landesbediensteten in allen anderen Büros auch nutzen“.

Ein beträchtlicher Teil der Kosten sei auf Maler- und Restaurierungsarbeiten im historischen Teil des Landhauses zurückzuführen – darunter Mattles Büro. Hier hätten etwa Stuckdecken und Wände kostenintensiv restauriert werden müssen.

Kommentar

Schwer zu verkaufen

Von Manfred Mitterwachauer

Zur Einordnung: Die Büroumbauarbeiten beim Wechsel von Schwarz-Grün zu Schwarz-Rot im Jahre 2022 entsprechen mehr als dem Neunfachen eines durchschnittlichen mittleren Jahresbruttoeinkommens in Tirol. Nun sei dem Regierungsteam eine moderate Büro-Adaption zugestanden. So, wie es bei jedem Mieterwechsel Usus ist. Auch Denkmalschutz kostet. Nur: Tirol droht ein striktes Sparbudget, Vereinen und Co. der Förder-Rotstift. 250.000 € für Büroumbauten sind da nur schwer zu verkaufen.



Nachtbereitschaft-Aus polarisiert

Landtag fordert Gesundheitsminister zum Handeln auf, Grüne sehen „1450“ nicht bereit.



Noch wird um Alternativen für die Nachtdienste gerungen. Foto: imago/Broker

Innsbruck – Das von der Ärztekammer nach einem offenen Abgeltungsstreit mit der Gesundheitskassa verkündete Aus für die ärztliche Nachtbereitschaft an Wochenenden und Feiertagen hat nun auch den Tiroler Landtag auf den Plan gerufen. So wurde mit den Stimmen der schwarz-roten Koalitionäre am Donnerstagabend noch ein Antrag als Appell an Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) beschlossen. Dem zugrunde lag ein abge-

änderter Dringlichkeitsantrag der Liste Fritz. So wird Rauch aufgefordert, in diesem Streit umgehend zu vermitteln. Alle Beteiligten, so die Klubobleute Jakob Wolf (VP) und Elisabeth Fleischanderl (SP), hätten dafür Sorge zu tragen, dass „die Versorgung weiterhin flächendeckend sichergestellt ist“. Gerade im ländlichen Bereich sei diese medizinische Leistung für die Menschen essenziell, warnt Fleischanderl: „Dafür zahlen sie auch ÖGK-Beiträge.“

Indes kritisiert Grünen-Gesundheitssprecherin Petra Wohlfahrtstätter, dass Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) einerseits lediglich nach Wien um Hilfe rufe, andererseits auf die Gesundheitshotline 1450 verweise: „Diese ist noch nicht entsprechend ausgebaut und bekannt, um hier einen adäquaten Ersatz zu bieten.“ Generell warnt Wohlfahrtstätter davor, dass die Gesundheitsversorgung in Tirol selbst zum Notfall werde. (TT)

Wechsel im Landtag bei der „Liste Fritz“

WÖRGL, TIROL. Im Landtagsklub der Liste Fritz kommt es zu einem Wechsel: Landtagsabgeordneter Herwig Zöttl aus Innsbruck legt sein Mandat aufgrund einer Erkrankung nieder. An Zöttls Stelle tritt Gabi Madersbacher aus Wörgl in den Landtag ein. Die Gemeinderätin arbeitet als selbstständige Kultur- und Projektmanagerin, leitet als Obfrau den Vorstand der Academia Vocalis und ist Bezirkssprecherin der Liste Fritz für Kufstein. „Mit dir bekommen Kunst, Kultur und Wirtschaft eine starke weibliche Stimme im Tiroler Landtag“, so die Liste Fritz-Abgeordneten Markus Sint und Andrea Haselwanter-Schneider.



Folgt Herwig Zöttl im Landtag: Gabi Madersbacher.

Foto: Liste Fritz

Opposition fordert erneut Runden Tisch

MCI Neu: die Landesabgeordneten der FPÖ, GRÜNe, Liste Fritz und NEOS äußern scharfe Kritik an Dornauer.

Die Tiroler Oppositionsparteien kritisieren Landesrat Georg Dornauer scharf und bezeichnen seine Arbeit am MCI-Neubau als „Totalversagen“ und „Fehlschlag“. Grund für die Empörung ist, dass trotz früherer Zusagen keine Einigung mit der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) über das Projekt erzielt wurde. Ein Runder Tisch soll laut der Opposition Klarheit bringen, was Dornauer jedoch ablehnt. Dornauer erklärte, dass derzeit aus Vertraulichkeitsgründen keine Informationen über den Stand der Verhandlungen

bekannt gegeben werden können. Er betonte, dass die Tiroler Landesregierung weiterhin zum Neubau des MCI stehe und in konstruktiven Gesprächen mit der BIG sei. Dennoch fordert die Opposition mehr Transparenz, da ein von Dornauer vorgeschlagenes Miet-Kauf-Modell für die BIG nicht infrage komme und wichtige Informationen fehlen. Die Oppositionsparteien FPÖ, Grüne, Liste Fritz und Neos fordern daher einen Runden Tisch mit Finanzlandesrat Anton Mattle und Dornauer. Sie kritisieren, dass nach zwei Jahren Verhandlungen noch immer kein Ergebnis vorliege und die Kosten für das Projekt weiterhin steigen könnten. Die Parteien wollen, dass alle relevanten Unterlagen offengelegt werden, um die Situation transparent



Wie geht es mit dem Thema MCI-Neubau weiter?

Foto: Land Tirol

zu machen. Dornauer wies die Forderung nach einem Runden Tisch entschieden zurück und erklärte, die Opposition sei kurz vor der Nationalratswahl nicht an konstruktiven Lösungen interessiert. Er bot jedoch an, die Abgeordneten über den aktuellen Stand der Projekte zu informieren, ohne sich auf politische Spielchen einzulassen.